

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU – neue Mitgliedstaaten:

Tschechische Republik

Veronika Adensamer

Wien, Jänner 2005

Inhaltsverzeichnis:

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklungen	3
Entwicklung der Privatisierung.....	4
2. Abfallwirtschaft.....	5
3. Bildung	6
Kinderbetreuung.....	7
Grund- und Mittelschulen	7
Hoch- und Fachhochschulen	7
4. Energie.....	8
Stromwirtschaft.....	8
Erdöl.....	8
Gaswirtschaft.....	9
5. Gesundheit.....	9
6. Kultur	10
7. Medien.....	11
Printmedien.....	11
Radio und Fernsehen	12
8. Pensionen	12
9. Post.....	13
10. Sicherheit	13
11. Telekommunikation	14
12. Verkehr.....	14
Straßenverkehr.....	14
Eisenbahn.....	15
Bus.....	15
Öffentlicher Personennahverkehr	15
Flugverkehr.....	16
Schifffahrt.....	16
13. Wasser und Abwasser.....	16
14. Wohnen.....	17
15. Literatur & Links	19

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklungen

Die Tschechische Republik liegt im Zentrum des europäischen Kontinents und grenzt an Polen, die Slowakei, Österreich und Deutschland. Die Tschechische Republik erstreckt sich über eine Fläche von 78.866 km² und ist damit etwa gleich groß wie Österreich. 2001 lebten in der Tschechischen Republik 10,224.000 Menschen, davon 90,3% Tschechen, 3,7% Mähren, 1,9% Slowaken, 0,5% Polen, 0,4% Deutsche, 0,2% Ukrainer und 0,1% Roma.

Die Tschechische Republik entstand in ihrer heutigen Form durch die Teilung der Tschechoslowakische Föderation am 1. Jänner 1993.

Die Tschechische Republik ist eine Parlamentarische Republik. Der Präsident ist das Staatsoberhaupt mit weitgehend symbolischer Macht und wird vom Parlament alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl) gewählt. Das Parlament setzt sich aus dem Repräsentantenhaus (Abgeordnete) und dem Senat zusammen. Die 200 Abgeordneten werden für 4 Jahre in einem Verhältniswahlsystem gewählt, während für die 81 Senatoren das Mehrheitswahlrecht gilt. Diese Wahlen finden alle 6 Jahre (Neuwahl von 1/3 der Senatoren alle 2 Jahre) statt.

Die öffentliche Verwaltung auf kommunaler und regionaler Ebene befindet sich in einem Prozess der Dezentralisierung. Nach der Abschaffung der zentral verwalteten Bezirke zum mit Jahresbeginn 2003 wurden den 14 Kreisbehörden vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Raumplanung und Umwelt weitreichende Befugnisse eingeräumt. Darüber hinaus gingen viele staatliche Verwaltungskompetenzen der früheren, inzwischen abgeschafften, 73 Bezirke auf die 205 neu ins Leben gerufenen Gemeinden über: z.B. die Zuständigkeit für die staatlichen Sozialleistungen, die Erteilung von Baugenehmigungen, Verwaltung von Bauverfahren, Umwelt- und Landschaftsschutz, Forstwirtschaft, Müllbeseitigung oder KFZ-Zulassung.

Die regionale Selbstverwaltung wird durch direkt gewählte Regionalversammlungen gewährleistet. Die Regionalversammlungen wählen die regionalen Präsidenten (*hejtmani*) und die Mitglieder der regionalen Räte, die die beiden Exekutivorgane der Regionen bilden. Auf kommunaler Ebene wählen die gewählten Gemeindeversammlungen die Bürgermeister und die Mitglieder der Gemeinderäte.

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit bestimmte die konservativ-liberale Regierung von Vaclav Klaus (ODS – Demokratische Bürgerpartei), die im Jahre 1992 noch zu Zeiten der CSFR gewählt wurde, die politische Entwicklung. Es wurden vor allem marktwirtschaftliche Reformen vorangetrieben. Im Frühjahr 1996 ging die Regierungskoalition aus den ersten Parlamentswahlen nach Gründung der Tschechischen Republik geschwächt hervor. Die Sozialdemokraten (CSSD) vervierfachten ihre Stimmzahl. Dennoch kam es zu einer von den Sozialdemokraten akzeptierten bürgerlichen Minderheitsregierung unter Vaclav Klaus. Eine Parteispenden-affäre im Zusammenhang mit der Privatisierungspolitik zwang Klaus Ende 1997 zum Rücktritt. Im Juni 1998, bei den vorgezogenen Neuwahlen, wurden die Sozialdemokraten stärkste Partei und bildeten auf Basis eines Oppositionsabkommen mit der ODS eine Minderheitsregierung. In dieser Legislaturperiode nahm die Tschechische Republik 1998 die Beitrittsverhandlungen mit der EU auf und trat 1999 der NATO bei.

Bei den letzten Wahlen 2002 erhielt die CSSD 70 von 200 Sitzen im Parlament, die ODS 58, die KSCM (Kommunistische Partei) 41 und eine Koalition aus KDU-CSL (Christlich-Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei) und US (Freiheitliche Union) 31. Premierminister Vladimir Spidla von der CSSD (mittlerweile ist er der tschechische EU-Kommissar) bildete eine Mitte – Links Regierung, basierend auf einer knappen Mehrheit von 101 Mandaten, mit der Koalition von KDU-CSL und US. Diese Regierung versucht eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Härte durchzusetzen.

Nach der samtenen Revolution von 1989 begann ein Reformprozess. Die ökonomische Transformation verlief rasch durch die Liberalisierung der Preise, der Rückgabe des meisten Eigentums an deren Eigentümer vor 1948 und der Massenprivatisierung der meisten Unternehmen in zwei Wellen von „Gutscheinprivatisierung“. Nach der Trennung von der Slowakei

erlebte die Tschechische Republik das sogenannte tschechische Wunder, eine Kombination von raschem Transfer der Eigentümerschaft in den privaten Sektor, niedrige Arbeitslosigkeit und keine Hyperinflation. Infolge einer Zahlungsbilanzkrise erlebte das Land aber zwischen 1997 und 1999 eine Rezession.

Die Hauptexporte des Landes sind Industriegüter, Maschinen, Autos und Transportequipment sowie Bier. Getreide, Zuckerrüben und Hopfen werden intensiv angebaut, obwohl Landwirtschaft eine verhältnismäßig kleine Rolle neben dem traditionellen Ingenieurwesen und anderen Industrien spielt. Der wichtigste Handelspartner ist Deutschland. 2003 kamen 32,6% der Warenimporte aus Deutschland und 37% der Warenexporte gingen nach Deutschland. Mit einem Wert von 17,5 Mrd. Euro übersteigen die tschechischen Ausfuhren nach Deutschland die Einfuhren aus Deutschland (16,7 Mrd. Euro) um knapp 800 Mio. Euro.

Von 2000 bis 2003 wuchs das tschechische Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um 2,65%, im Jahr 2003 um 3,1% und 2004 wird das Wachstum voraussichtlich bei 3,5% liegen. Das Staatsdefizit lag 2003 bei 8% des Bruttoinlandsproduktes, für 2004 sind 6,2% prognostiziert und der Staatsschuldenstand lag 2003 bei 30,7% des Bruttoinlandsproduktes. 2003 betrug die Inflationsrate 0,0% und die Arbeitslosenquote 7,8%. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt in der Tschechischen Republik 59% des EU-15 Durchschnitts.

Entwicklung der Privatisierung

Die Privatisierung staatlichen Eigentums verlief in der Tschechischen Republik im wesentlichen in drei großen Wellen. Die erste Welle fand noch vor der Teilung der Tschechoslowakei statt. Im Dezember 1990 wurde der Beschluss zur Privatisierung des Staatseigentums gefasst. Die darauf folgende erste Privatisierungswelle endete 1993. Zuerst wurden bis Ende 1992 in einer „kleinen Privatisierung“ rund 130.000 kleinere Unternehmen aus dem Bereich Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie, in erster Linie versteigert. In der ersten Versteigerungsrunde durften nur InländerInnen mitbieten. Erst als keine Angebote mehr eingingen und keine KäuferInnen gefunden wurden, war es in einer zweiten Runde AusländerInnen oder ausländischen juristischen Personen erlaubt mitzubieten.

Die „große Privatisierung“ betraf vor allem Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen. Die zu privatisierenden Unternehmen wurden in einem ersten Schritt in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der Aktienbesitz wurde in einen von drei Eigentumsfonds (einen föderalen, einen tschechischen und einen slowakischen) übertragen. Die Privatisierung selbst fand dann in Form einer Kuponprivatisierung statt. Ab dem 1. Oktober 1991 wurden in Form eines Kuponheftes je 1000 Investitionspunkte gegen die Verwaltungsgebühr von 1.000 Kronen (rund 26 €) an Interessierte ausgegeben. In fünf Runden konnten dann die Investitionspunkte direkt gegen Aktien getauscht oder einem Investmentfonds anvertraut werden.

Im Oktober 1993 startete die Kuponausgabe für die zweite Privatisierungswelle. Diese war Ende 1994 abgeschlossen. Bei dieser Privatisierungswelle waren auch österreichische Fonds aktiv, wobei der von der *EPIC (European Privatization and Investment Corporation)* gegründete Investmentfonds *Czech Coupon Invest (CCI)* von gut 150.000 TschechInnen 152 Millionen Punkte erwarb. *CCI* war damit größter ausländischer Investor. Auch die *Creditanstalt* und die *Raiffeisen Bank* beteiligten sich in Form von Fonds an der Privatisierung.

An den beiden Privatisierungswellen haben sich 79% der TschechInnen beteiligt. Es gingen rund 80% des staatlichen Eigentums im Wert von etwa 340 Mrd. Kronen (9,5 Mrd. €) in Privatbesitz über. Etwa 70% aller Kupons wurden via Investmentfonds platziert.

Ende 1995 setzte die dritte Privatisierungswelle ein. Die zwei Wellen der Kuponprivatisierung hatten rund 2.000 Unternehmen unter mehr als sechs Millionen TschechInnen praktisch umsonst verteilt. Die Kleinaktionäre erkannten, dass sie bei den Versammlungen mit ihrem Aktienanteil wenig anfangen konnten, und verkauften zum Großteil ihre Anteile wieder auf dem Kapitalmarkt. Darüber hinaus kam es zu Firmenkonkursen und Zusammenlegungen. Diese dritte Privatisierungswelle führte zu einer Konzentration des Eigentums in Händen starker Investoren.

1996 hatte der private Sektor einen Anteil von 75% am BIP. In diesem Jahr wurde das Ministerium für Privatisierung aufgelöst, und der Fonds des nationalen Eigentums übernahm seine Agenden.

Nach Ende dieser drei Privatisierungswellen wollte sich die tschechische Regierung auf wenige strategische Unternehmen wie zum Beispiel die Post, die Bahn, die Fluggesellschaft und die Luftbehörde zurückziehen. Auch verschiedene Regierungseinrichtungen, mehrere Krankenhäuser, Schulen und Ausbildungszentren sollten beim Staat verbleiben.

Bei später erfolgten Privatisierungen handelte es sich meist um „Management buy outs“ oder Verkäufe im Rahmen von Ausschreibungen.

Die Privatisierung des Bankensektors war 2001, nach einem öffentlichen Notverkauf, vollendet. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Umstrukturierung der größten verlustmachenden Unternehmen gewidmet. Die Staatsquote lag 1997 bei ca. 20% des Bruttoinlandsproduktes und nimmt seit dem weiter ab. Das Privatisierungsprogramm ist aber im Stahl-, petrochemischen, Energie- und Telekomsektor noch nicht abgeschlossen. Die Anpassung des rechtlichen Rahmenwerks fand nicht so schnell statt, wie die Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur, was die Entwicklung von Untergrabungen erlaubte. Letztlich wurde das rechtliche Rahmenwerk aber dennoch besonders im Bereich der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und durch Schaffung eines effizienteren Konkursverfahrens angepasst.

2. Abfallwirtschaft

In der Tschechischen Republik sind die Zuständigkeiten im Bereich der Abfallwirtschaft breit gestreut. Das Umweltministerium ist die zentrale Planungs- und Koordinierungsbehörde im Bereich der Abfallwirtschaft. Es entwirft den nationalen Abfallwirtschaftsplan und notifiziert Import, Export und Transit von Abfällen. Das Ministerium für Industrie und Handel ist für Fragen im Zusammenhang von Verpackungsabfällen zuständig und das Gesundheitsministerium für Fragen im Zusammenhang mit der Entsorgung von PCB-haltigen Abfällen. Für den Bereich Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftliche Böden teilen sich Gesundheits- und Landwirtschaftsministerium die Zuständigkeit. Das Umweltministerium wird beim Entwurf des nationalen Abfallentsorgungsplans vom Zentrum für Abfallwirtschaft unterstützt, welches auch Datenbanken im Bereich Abfallwirtschaft führt. Das Tschechische Umweltinspektorat überwacht die industriellen und gewerblichen Anlagen und somit auch die Abfallentsorgungsanlagen und ihre Betreiber. Die Kreisbehörden genehmigen die Abfallentsorgungsanlagen und erstellen den regionalen Abfallentsorgungsplan. Als Überwachungsbehörde für Abfallentsorgungsanlagen agieren auch die autorisierten Gemeinden. Sie erstellen auch die Abfallstatistiken.

Bei der Umsetzung der EU-Abfallrichtlinien hat die Tschechische Republik nur für die Zielerreichung bei der Verwertung von Verpackungsabfällen eine Übergangsfrist bis 31. Dezember 2005. Schon im Jahr 2002 traten einige Gesetze bezüglich Abfallbehandlung in Kraft, die mit den Rechtsvorschriften der EU konform waren. Im Bereich der gefährlichen Abfälle war die Tschechische Republik sogar strenger als die EU. So fielen nach dem alten tschechischen Abfallkatalog insgesamt 388 Abfallarten in diese Kategorie, während die EU nur 236 Abfallarten als gefährlich einstuft.

Von den 38,694.000 Tonnen Abfall, der im Jahr 2001 produziert wurde, stammte der Hauptteil aus Industrie, Energiewirtschaft und Landwirtschaft, nämlich 26,151.000 Tonnen bzw. 67,6%. Rund 8% aller Abfälle fielen in die Kategorie „gefährliche Abfälle“.

Der Bereich der Abfallverwertung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Es gibt 42 Recyclinganlagen mit einer geschätzten jährlichen Gesamtkapazität von 1,5 Mio. Tonnen. Im Jahr 2001 wurden bereits 37,5% der Abfälle wiederverwertet. Besonders hoch ist die Recyclingquote bei Metallabfällen. Biologische Verfahren sind hauptsächlich auf den Bereich Altlastensanierung beschränkt, es gibt dafür 48 Anlagen mit einer geschätzten jährlichen Gesamt-

kapazität von 220.000 Tonnen. An Bedeutung gewinnt auch die Kompostierung von Abfällen, da das tschechische Abfallgesetz vorsieht, dass weniger biologisch abbaubare Kommunalabfälle auf Deponien gelagert werden dürfen. Es gibt insgesamt 18 Kompostanlagen und 4 Anlagen, die auf Basis des anaeroben Abbaus arbeiten. Darüber hinaus gibt es noch 49 Anlagen mit einer geschätzten jährlichen Gesamtkapazität von über 1,7 Mio. Tonnen, die physikalische und chemische Verfahren anwenden.

Im Bereich der Abfallentsorgung haben die Deponien die größte Bedeutung. 10,5 Mio. Tonnen wurden im Jahr 2001 auf diese Art entsorgt. Obwohl ihre Anzahl seit 1996 rückläufig ist, dürfte ihre Kapazität noch für die nächsten Jahre reichen. Derzeit gibt es 290 Deponien, die zum Großteil nach 1996 entstanden und die gültigen Vorschriften erfüllen. Allerdings entspricht die Abdichtung der Deponien nicht immer europäischen Standard. Da Abfallverbrennung teurer ist als Deponierung wird in der Tschechische Republik nur ein geringer Prozentsatz (ca. 2%) des Abfalls verbrannt. Für Siedlungsabfälle sind derzeit drei städtische Verbrennungsanlagen mit einer geschätzten jährlichen Gesamtkapazität von 646.000 Tonnen in Betrieb. 2001 erreichten diese Anlagen aber nur eine Auslastung von ca. 60%. Über das Land verteilt gibt es aber noch kleinere und mittlere Verbrennungsanlagen, in denen die gefährlichen Industrieabfälle verbrannt werden. Diese werden in erster Linie von den Produzenten selbst betrieben.

Der größte private Anbieter und auch Marktführer im Bereich der Abfallentsorgung ist die österreichische A.S.A (*Abfall Service Austria*). Ihr tschechische Niederlassung wurde 1992 gegründet und beschäftigt derzeit rund 1.000 Beschäftigte. Neben Kunden aus dem Bereich der Industrie und dem Handel hat sie auch für 9 Städte und Gemeinden die Abfallentsorgung übernommen, darunter auch große Städte wie Brünn, Liberec und Budweis. Sie übernimmt die Müllsammlung, Trennung und Entsorgung. Darüber hinaus betreibt sie noch 9 Deponien, u.a. in Prag.

3. Bildung

Eine im September 2004 in Paris vorgestellte OECD-Studie bescheinigt der Tschechischen Republik vor allem im Bereich der Mittelschulen ein überdurchschnittliches Bildungsniveau. Mehr als 88% der TschechInnen haben mindestens eine Mittelschulbildung. Der Anteil der HochschulstudentInnen ist allerdings niedriger als im OECD-Durchschnitt, obwohl sich die Zahl der StudentInnen von 1995 bis 2002 um etwa 50% erhöht hat. Die Bildungsausgaben liegen in der Tschechische Republik laut dieser OECD-Studie mit 4,2 % d. BIP auf vergleichbarem Niveau mit den benachbarten postkommunistischen Ländern wie Polen, Ungarn und der Slowakei, aber unter dem OECD-Schnitt von 6,2% d. BIP.

Im Rahmen der Umsetzung der Verwaltungsreform am 01.01.2003 wurde auch die Verwaltung des Bildungssystems erneuert. Die sektorale Verwaltung wurde abgeschafft und wird jetzt im Rahmen einer generellen Verwaltung gehandhabt. Sie ist zwischen dem Staat, den 14 Kreisbehörden und den Gemeinden verteilt. Die Kreisbehörden sind mit einem höheren Grad an Autonomie ausgestattet. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ist für die Konzeption und Entwicklung des Bildungssystems zuständig. Es legt den Lehrplan fest, ist für die Lehrergehälter und die Lehrmittel verantwortlich, bewilligt die Bestellung der Direktoren der Regionalen Schulbehörden und betreut das Schulregister. Die Kreisbehörden sind für die Mittelschulen und Sonderschulen zuständig. Sonderschulen gibt es vom Kindergarten durchgehend bis zur Mittelschule. Der Gouverneur der Kreisbehörde bestellt den Direktor der regionalen Schulbehörde, der der Hauptentscheidungsträger in Bildungsfragen ist. Die Gemeinden sind für die Pflichtschulen verantwortlich. Sie gründen und verwalten die Vorschulinstitutionen und Grundschulen. Für die Gemeinden erfüllten diese Aufgaben meistens die Bildungskommissionen.

Kinderbetreuung

Der Kindergarten ist in der Tschechischen Republik ein Teil des Bildungssystems. Er ist zwar nicht verpflichtend, dennoch wird er von 86% der 3- bis 6-jährigen Kinder besucht. Die meisten Einrichtungen erheben keine Gebühren, es können trotzdem bis zu 30% der Betriebskosten aus Elternbeiträgen finanziert werden.

Grund- und Mittelschulen

Die Finanzierung der Schulen erfolgt über zwei Quellen: Kapital und laufende Kosten kommen von der organisierenden Körperschaft, Gehälter und Lehrmittel werden vom Staat über die Verwaltung der Kreisbehörden getragen. Seit 01.01.2003 haben alle Schulen den Status einer juristischen Person. Die Schulleiter tragen die Verantwortung für die Qualität des Bildungsprozesses, für das finanzielle Management der Schule und für die Bestellung und Entlassung der Lehrer. Die organisierende Behörde kann aber per Gesetz einen Schulrat einberufen, über den sich Eltern, Schüler, Belegschaft und die Öffentlichkeit an der Administration der Schule beteiligen können.

Privatschulen gibt es seit 1990 (auf universitärem Niveau seit 1999). Die meisten Schulen sind konfessionslos. Es gibt for-profit und staatlich unterstützte non-profit Privatschulen. Für die Finanzierung der Privatschulen werden von den Kreisbehörden ebenso wie für die öffentlichen Schulen Mittel zur Bestreitung der laufenden Kosten bereitgestellt. Die Grundsубventionierung von 50% - 80% des Wertes für eine gleiche öffentliche Institution kann auf bis zu 100% für Grund- und Sonderschulen und auf bis zu 90% für Mittelschulen angehoben werden. Konfessionsschulen erhalten die selbe Finanzierung wie öffentliche Schulen. 1,44% aller Grundschulen (0,55% der Grundschüler) und 22% der Mittelschulen (14,3% der Mittelschüler) sind Private und Konfessionelle Schulen.

Die Schulpflicht erstreckt sich auf 9 Jahre und gilt in der Regel für 6- bis 15-Jährige. Sie wird meist an der Grundschule absolviert. Die Grundschule wird in zwei Bildungsstufen unterteilt. Die erste Schulstufe ist für die 6- bis 10-Jährigen (1.-4. Klasse), die zweite Schulstufe erstreckt sich über die 5. bis 9. Klasse. Die SchülerInnen haben die Möglichkeit, nach der 5. bzw. der 7. Klasse, bei Bestehen der Aufnahmeprüfung, an ein *gymnázium* mit 8 bzw. 6 Jahrgangsstufen zu wechseln.

Neben dem *gymnázium* (allgemein bildende Mittel- oder Sekundarschule) gibt es noch zwei weitere Sekundarschularten: technische Sekundarschulen (Fachmittelschulen) und berufsbildende Sekundarschulen (Berufsmittelschulen). Für diese beiden Schulen muss ebenfalls neben dem erfolgreichen Abschluss der Pflichtschule eine Aufnahmeprüfung abgelegt werden. Die Mittelschulen schließen mit einer *maturita* (Matura) ab. Es gibt in der Tschechischen Republik 346 Gymnasien (rund 20% Privatschulen), 804 Fachmittelschulen (rund 25% Privatschulen) und 565 berufsbildende Sekundarschulen.

Hoch- und Fachhochschulen

1995 wurde zusätzlich zur Universität die Möglichkeit der Fachhochschulen geschaffen. Ein Studium an einer FH ist kostenpflichtig. Es gibt 164 solcher Schulen, ein Drittel davon sind private Einrichtungen. An einer Universität kann man mit absolvierter Matura und nach bestandener Aufnahmeprüfung studieren. Derzeit müssen Studierende an tschechischen Universitäten nur dann Gebühren bezahlen, wenn sie eine bestimmte Studiendauer überschreiten. Es gab allerdings immer wieder Versuche von konservativer Seite, allgemeine Studiengebühren einzuführen. Diese sind aber bisher an der Sozialdemokratischen Partei gescheitert. Die derzeitige Regierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm auch klar gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren an den Universitäten ausgesprochen. Abgeschlossen kann ein Universitätsstudium mit *bakalár* (Bachelor), *magistr* (Magisterium) werden. Nach dem Magisterstudium gibt es noch die Möglichkeit auf ein Doktoratstudium. Es gibt in der Tschechischen Republik insgesamt 39 (staatliche und private) Hochschulen.

4. Energie

Der Energieverbrauch der Tschechischen Republik liegt beim 2,2fachen Österreichs, hat aber in den letzten 12 Jahren um ca. 25% abgenommen. Trotz des relativ hohen Energieverbrauchs liegt aber die tschechische Stromproduktion seit 1990 regelmäßig über dem inländischen Verbrauch. Der wichtigste tschechische Energielieferant ist die Kohle. Es stammen rund 66% der elektrischen Energie aus kalorischen Kraftwerken, wobei Öl und Gas hier nur einen geringen Anteil haben. 20% kommen aus den zwei Atomkraftwerken Temelin und Dukovany und 14% aus der Wasserkraft. Ziel ist es, den Anteil der Kohle aus ökologischen Gründen zu reduzieren, da mit den beiden Atomkraftwerken ausreichend Strom erzeugt werden kann.

Stromwirtschaft

Die größte Stromgesellschaft der Tschechischen Republik ist die *CEZ AG (Ceske Energetické Zavody)*, sie wurde im Rahmen der beiden Kuponprivatisierungen teilprivatisiert. 67,5% der Aktien befinden sich in staatlichem Besitz, den Rest halten großteils Investmentfonds. Eine vollständige Privatisierung stand öfters zur Diskussion (das letzte Mal Anfang 2002), wurde bis jetzt aber nicht umgesetzt. Die *CEZ AG* deckt ca. 70% der nationalen Stromerzeugung ab und besitzt mit Stand Jänner 2002 neun thermische (Kohle)Kraftwerke, zwei Atomkraftwerke, 16 Wasserkraftwerke und ein Windkraftwerk. Die restliche Energie wird von unabhängigen Stromerzeugern produziert. Die *CEZ* übertrug 1998 die Verwaltung, Instandhaltung und Entwicklung des Netzes der Tochtergesellschaft *CEPS AG*. Mit Ausnahme einiger großer Industriekunden beliefert die *CEZ* keine Endkunden. Das erledigen acht regionale Verteilgesellschaften, an denen teilweise auch ausländische Investoren beteiligt sind.

Auch die Kohleförderungsgesellschaften wurden im Rahmen der zwei Wellen der Kuponprivatisierung (1992 und 1994) in Aktiengesellschaften umgewandelt und (mit mehr als 50%igem Staatsanteil) teilprivatisiert. Die größten tschechischen Kohleförderungsgesellschaften – die Kohlegrube Ostrava – Karvina (OKD) und die böhmisch-mährischen Kohlegruben – sind beide mittlerweile unter dem Dach der Kohlegesellschaft *Carbon Invest*. Die Übernahme der OKD gelang der *Carbon Invest* durch einen Fehler der tschechischen Regierung. Diese beschloss 1998, den Gemeinden jeweils einige Prozent der Staatsanteile zu übertragen. Der Staat verlor damit aber die Aktienmehrheit. Denn die Gemeinden verkauften ihre Anteile - um flüssiges Geld zu beschaffen - an private Anbieter. So konnte der Tscheche Viktor Koláček – einer der drei Eigentümer von *Carbon Invest* – 1998 die OKD unter seine Kontrolle bringen. 2004 erhielt für die Kohlebergbaugesellschaft *Sokolovska uhelna* die Firma *Sokolovska tezebni* als einziger Bieter den Zuschlag. Die vollständige Privatisierung der anderen Kohleförderungsgesellschaften ist zwar geplant, konnte bis jetzt aber noch nicht erfolgreich umgesetzt werden.

Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes verläuft in drei Schritten: seit 2002 für Abnehmer mit einer jährlichen Nachfrage von mehr als 40 GWh (das sind rund 30% des Marktanteils), seit 2003 auch für Konsumenten mit einer jährlichen Nachfrage von mehr als 9 GWh und ab 2006 soll der Markt vollkommen geöffnet sein.

Erdöl

Unipetrol betreibt die Raffinierung und den Vertrieb von Erdölprodukten über ihre Tochtergesellschaften *Ceska rafinerska a.s* (51%) und *Benzina a.s* (89%). 2001 wurde erstmals versucht, sie zu privatisieren. Den Zuschlag erhielt im Dezember 2001 der tschechische Düngemittelherstellers *Agrofert*. In weiterer Folge forderte *Agrofert* jedoch ein Reduktion des Kaufpreises wegen angeblicher Mängel bei *Unipetrol*. Da sich die tschechische Regierung aber weigerte, über eine Verringerung des Kaufpreises zu verhandeln, zog sich *Agrofert* Ende September 2002 vom Kauf zurück. 2003 wurde die Privatisierung der *Unipetrol* erneut ausgeschrieben und im Frühjahr 2004 erhielt der polnische Ölkonzern *PKN Orlen* den Zuschlag. *Ceska rafinerska* besitzt die zwei wichtigsten Erdölraffinerien. *Benzina* besitzt 1/3 der

Tankstellen und ist somit der wichtigste Verteiler. *Benzina* steht in Konkurrenz mit den ausländischen Tankstellenbetreibern *Shell, Total, BP, Agip, OMV*.

Gaswirtschaft

Anfang 2002 hat die deutsche *RWE Gas* 97% der tschechischen *Transgas* vom Staat übernommen. *Transgas* kontrolliert den Verkauf, Transit und Transport des Erdgases. *Transgas* erhält das Erdgas von *Gazexport*, einer Tochter der russischen *Gazprom*. Darüber hinaus gibt es Lieferverträge mit Norwegen und Deutschland. Die Verteilung des Erdgases erfolgt über acht regionale Verteilgesellschaften. Zwischen 2005 und 2008 soll der tschechische Gasmarkt vollkommen geöffnet sein.

5. Gesundheit

Nach der Trennung von der Slowakei (1993) hat die Tschechische Republik ihr Gesundheitssystem radikal umstrukturiert. Die zentralistischen Versorgungsstrukturen aus der Zeit des Sozialismus wurden durch ein beitragsfinanziertes Pflichtversicherungssystem abgelöst. Alle EinwohnerInnen haben heute Zugang zu einer flächendeckenden, umfangreichen medizinischen Versorgung, müssen kaum Zusatzzahlungen leisten und sind gesetzlich pflichtversichert. Eine private Vollversicherung gibt es nicht, ebenso wenig eine Familienmitversicherung.

Zurzeit gibt es in der Tschechischen Republik neun Krankenkassen, deren Beitragssatz der Staat bestimmt. Sie sind verpflichtet, jede/n BürgerIn zu versichern. Die Grundleistungen der Kassen werden vom Gesundheitsministerium vorgegeben und sind fast identisch. Der Leistungskatalog der Kassen umfasst die kostenlose ambulante Versorgung, Arzneimittel, Behandlung beim Zahnarzt mit Ausnahme von Prothesen sowie Vorsorgeleistungen.

Nach der Reform des Gesundheitswesens gab es ursprünglich 27 Krankenkassen, die auch mit Zusatzleistungen um Versicherte werben konnten. Es entstand ein Wettbewerb um teure Extras, die neben sprunghaft steigenden Grundleistungen die Kosten zusätzlich in die Höhe trieben. Viele Kassen gerieten in finanzielle Schwierigkeiten und verschwanden durch Fusionen oder Pleiten vom Markt. Zusätzlich wurde eine Mindestgröße für Krankenkassen eingeführt: Sie müssen mindestens 50.000 BürgerInnen versichern. Infolge ging die Zahl der Krankenversicherungen zwischen 1995 und 2000 auf neun zurück. Acht von ihnen sind Betriebskrankenkassen (z.B. die Versicherung der Fa. Skoda, die Versicherung des Innenministeriums). Zwei Drittel der BürgerInnen sind aber bei der staatlichen Krankenkasse versichert.

2002 lag der einheitliche Beitragssatz der Krankenkassen bei 13,5% des Bruttogehalts, 4,5% tragen die ArbeitnehmerInnen und 9% die ArbeitgeberInnen. Eine Beitragsbemessungsgrenze gibt es nicht. Da etwa die Hälfte der Bevölkerung kein eigenes Einkommen hat (Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, Studierende, Frauen im Mutterschaftsurlaub, PensionistInnen) bezahlt der Staat für sie einen festen Beitrag von etwa 13 Euro im Monat, für PensionistInnen rund 40 Euro. Selbständige leisten einen Beitrag von maximal 35% ihres Gewinnes, mindestens aber monatlich 30 Euro.

Die Krankenkassen schließen mit den LeistungserbringerInnen Einzelverträge ab. So können sie gezielt Anreize schaffen, um Schwachpunkte in der Versorgung zu beheben.

Bis 1989 dominierten in der heutigen Tschechischen Republik Polikliniken und Gesundheitszentren die Versorgung. Im stationären Bereich ging die Privatisierung nur langsam voran, die meisten Einrichtungen sind immer noch in öffentlicher Hand, die tschechischen Kliniken gehören dem Staat. Die ambulante Versorgung wurde aber komplett neu organisiert. Nahezu alle ÄrztInnen arbeiten privat. AllgemeinmedizinerInnen, KinderärztInnen, GynäkologInnen und ZahnärztInnen sichern dabei die Grundversorgung. Krankenhausambulanzen ergänzen die Versorgung im nicht-stationären Bereich. Sie rechnen ihre Kosten direkt mit den Krankenkassen ab.

In den ersten Jahren des neuen Systems bezogen die HausärztInnen leistungsbezogene Honorare. Die hatte zur Folge, dass viele ÄrztInnen durch möglichst viele Leistungen ihr Einkommen erhöhen wollten. Die Vergütung wurde daher auf Kopfpauschalen umgestellt. Dabei werden PatientInnen unterschiedlichen Risikogruppen zugeordnet. FachärztInnen werden nach einem Punktesystem bezahlt, dass eine Ausgabengrenze je Versicherten beinhaltet. Technisch gut ausgestattete und deshalb teurere Praxen erhalten dadurch mehr Geld.

Nach Litauen hat die Tschechische Republik die höchste Arztdichte der neuen EU-Mitgliedsstaaten: 2002 versorgten durchschnittlich 350 ÄrztInnen 100.000 EinwohnerInnen (im Vergleich dazu waren es in Deutschland 336 ÄrztInnen). Im Krankenhausbereich lag die Zahl der Betten im Jahr 2002 bei 860 je 100.000 EinwohnerInnen. In Großkliniken mit mehr als 1000 Betten ist jede Fachrichtung vorhanden. Sie dienen auch als Lehrkrankenhäuser. In Distrikt-Krankenhäusern mit 700 bis 1000 Betten sind die wichtigsten Fachrichtungen vertreten. Die stationäre Grundversorgung vor Ort wird von lokalen Kliniken mit bis zu 200 Betten gesichert. Sie bieten meistens über Chirurgie, Innere Medizin und Kinder- & Frauenheilkunde an.

In der Tschechischen Republik gibt es etwa 2.200 Apotheken, die sich zum Großteil in privatem Besitz befinden. Zusätzlich sichern in kleinen und entlegenen Orten rund 230 Arzneimittel-Ausgabestellen die Versorgung mit Medikamenten.

Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 2002 bei 7%. Das tschechische Gesundheitssystem ist hoch verschuldet, so dass im Jahr 2003 die Staatskasse etwa 530 Mio. Euro zuzahlen musste. Das und die hohen Krankenhaus- und Arzneimittelkosten (2003: 28% der Gesamtkosten) haben eine Diskussion über weitere Reformen in Gang gesetzt. So wurde zur Senkung der Arzneimittelkosten eine Positivliste eingeführt, mit 500 erstattungsfähigen Präparaten. Voll erstattet werden nur die billigsten Mittel einer Wirkstoffgruppe (vorwiegend Generika aus landeseigener Produktion). Zu weiteren Reformprogrammen ist es bis jetzt aber noch nicht gekommen. Allein 2004 sind am Versuch einer Gesundheitsreform zwei GesundheitsministerInnen gescheitert und mussten ihr Amt zurücklegen.

6. Kultur

1990 wurde ein Großteil der tschechischen Theater aus dem Staatsbudget ausgegliedert und in die lokale Verantwortung übergeben. Das Nationaltheater, die Staatsoper und das Laterna Magica Theater in Prag unterstehen immer noch direkt dem Kulturministerium. Seit 1990 sind aber auch eine Menge privater Theater entstanden, vor allem im Bereich Musical und zahlreiche freie Theater- und Tanzgruppen. Insgesamt gab es 2002 in der Tschechischen Republik 110 Theater. Tradition hat in der Tschechischen Republik aber auch die Unterstützung des Puppen- und des Amateurtheaters, welches auch von öffentlicher Hand subventioniert wird.

Im Theaterbereich sind die Kosten für die Produktionen, aber auch für die Eintrittskarten seit 1989 stark angestiegen. 1989 kostete eine Theaterkarte durchschnittlich 3,96 Euro und war davon mit 3,15 Euro subventioniert. 2002 kostete sie durchschnittlich 21,4 Euro, 16,7 Euro davon subventioniert.

Abgesehen von den drei großen Theatern werden noch die Tschechische Philharmonie, der Prager Philharmonische Chor, die Nationalbibliothek, die mährische Landbibliothek, die K.E. Macan Bibliothek für Blinde und 17 Museen und Galerien vom Kulturministerium getragen und finanziert. Alle anderen Kultureinrichtungen in der Tschechischen Republik müssen über einzelne Projektanträge um Subventionen ansuchen. Für diesen Kulturbereich blieben 2002 weniger als 5% des tschechischen Kulturbudgets.

Der größte Teil des Kulturbudgets fließt in die Denkmalpflege. Die Tschechische Republik hat zehn in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes eingetragene Lokalitäten, unter anderem

Prag und die Kirche auf dem Grünen Berg bei Zďár nad Sázavou, ein Werk des Architekten Giovanni Santini-Aichel.

Ganz ausgenommen aus dem Kulturbudget ist die Filmförderung. Stattdessen wurde ein Film-Fonds eingerichtet, dem jeweils eine Tschechische Krone pro Kinokarte zufließt. Darüber hinaus wird der Fonds noch aus den Einnahmen für Copyrights alter tschechischer Filme gespeist.

In einer Resolution hat es sich die tschechische Regierung 2001 zum Ziel gemacht, das Kulturbudget auf 1% des Staatshaushaltes zu steigern. 2003 lag der Wert, trotz einer erstmaligen Erhöhung des Kulturbudget seit 1999, aber bei 0,7%.

7. Medien

Printmedien

Nach der politischen Wende von 1989 fanden in vielen Zeitungsredaktionen der damaligen Tschechoslowakei radikale Veränderungen statt. Eine Reihe der bisher aktiven JournalistInnen waren politisch nicht länger tragbar. Die Lücken, die alte RedakteurInnen hinterließen, wurden von jungen, oft nicht ausgebildeten JournalistInnen gefüllt. Die Presse agierte zu Beginn der 90er Jahre meist parteiisch: alle Medien unterstützten den damaligen Premierminister Klaus und seine Reformen, sonst geriet man leicht in Verdacht, dem alten Kommunistischen Regime nahe zu stehen. Die Zeitungen bestanden zu dieser Zeit meist aus kurzen Artikeln und Meldungen. Analysen, Reportagen, Hintergrundberichte, Interviews, wie sie heute in den tschechischen Zeitungen zu lesen sind, wurden erst im Laufe der Jahre wieder veröffentlicht. Es gelang nach der Wende nur in seltensten Fällen, neue Titel auf dem Markt zu etablieren. Nur im Bereich der Boulevardpresse gab es längerfristige Neugründungen, die wie zum Beispiel die *Blesk* noch bestehen. Ehemalige Titel kommunistischer Zeitungen wurden weitergeführt, mit teilweise veränderten Namen und Überschriften. Zum Beispiel wurde die Zeitung des kommunistischen Jugendverbandes *Mladá fronta* (Junge Front) zu *Mladá fronta dnes* (Junge Front heute). Die Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, *Rudé právo*, veränderte die rote Farbe der Überschrift in orange und beseitigte das Wort *rudé* (rot) aus dem Titel. Sämtliche Printmedien, die periodisch publizieren, sind in einem vom Kulturministerium verwalteten Register eingetragen. Neue Zeitungen müssen sich bis spätestens 30 Tage vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe dort registrieren lassen. Die auflagenstärksten Printmedien der Tschechischen Republik sind:

Tageszeitungen:

Blesk (598.015), *Mladá fronta Dnes* (373.733), *Právo* (250.396), *Lidové noviny* (108.343), *Hospodářské noviny* (82.134)

Regionalzeitungen:

Deníky Bohemia /Moravia (ca. 60.000)

Politische Wochenzeitungen:

Týden (100.191), *Reflex* (79.228), *Respekt* (24.984), *Ekonom* (30.665)

Lidové noviny wurde bald nach der Etablierung zu einem Projekt der Schweizer Gruppe *Ringier* (von der auch das Boulevardblatt *Blesk* aufgebaut wurde), und im weiteren Verlauf kam eine Beteiligung von Springer dazu. Der Einstieg des Verlagshauses *Passauer Neue Presse* in Mittel- und Osteuropa hatte zur Folge, dass der Verlagsleiter Franz Xaver Hirtreiter die Regionalzeitungen in mehreren Gebieten aufkaufte. In der Tschechischen Republik ist aus den aufgekauften Regionalzeitungen der Verlag *Vltava-Labe-Press* entstanden, der unter anderem ansonsten die Regionalzeitung *Deníky Bohemia /Moravia* herausgibt.

Radio und Fernsehen

1991 wurde ein Gesetz beschlossen, das die Voraussetzungen für die Zulassung von privaten Radio- und Fernsehsendern schuf.

Der 1948 von der kommunistischen Regierung verstaatlichte Radiosender *Ceský rozhlas* wurde 1992 zu einer öffentlich-rechtlichen Institution umstrukturiert, die nicht mehr vom Staat abhängig ist und sich durch Konzessionsgebühren finanziert. Über seine politische Unabhängigkeit wacht der Rundfunkrat, der vom Parlament gewählt wird. *Ceský rozhlas* betreibt sieben Programme. Eines davon ist *Radio Praha*, das hauptsächlich Auslandssendungen in verschiedenen Sprachen anbietet. Dieses Programm wird vom Außenministerium finanziert. In der Tschechischen Republik gibt es mittlerweile neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk folgende private Radiosender: *Frekvence 1*, *Radio Impuls* (landesweit), *Evropa2* sowie ca. 60 regionale Radiosender.

Der öffentlich-rechtliche Fernsehsender *Ceská televize* bietet zwei Programme an. Sein Generaldirektor wird vom Aufsichtsrat bestellt, der aus 15 vom Parlament gewählten Mitgliedern besteht. Neben dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen haben sich in der Tschechischen Republik zwei private Fernsehsender etabliert: *NOVA-TV* und *Prima*. Der größte Privatsender *NOVA-TV* wird Anfang 2005 seinen Eigentümer wechseln. Nachdem er sich über zwei Jahre mehrheitlich im Besitz der Prager Finanzholding *PPF* befand, übernimmt nun das auf den Bermudas ansässige Medienunternehmen des Estée-Lauder-Erben Ronald Lauder *CME (Central European Media Enterprises)* für 487 Mio. Euro den Privatsender.

8. Pensionen

In kommunistischer Zeit wurden die Pensionen im Rahmen des Umlageverfahrens aus dem allgemeinen Budget bezahlt. Nach 1989 wurde das Sozialversicherungssystem vom Staatsbudget getrennt und ein leistungsorientiertes öffentliches Pensionssystem eingeführt. Die Finanzierbarkeit des derzeitigen Pensionssystems wird aber auch in der Tschechischen Republik aufgrund der Alterung der Bevölkerung in Frage gestellt.

Seit Mitte der 1990er Jahre wurde auch in der Tschechischen Republik ein Prozess einer teilweisen Pensionsprivatisierung eingeleitet. 1994 wurde die gesetzliche Grundlage für private Altersvorsorgeinstitutionen geschaffen. Im Rahmen der Pensionsreform von 1995 wurde eine verpflichtende private Pensionssäule erwogen. Aufgrund gewerkschaftlicher Proteste wurde dann aber das öffentliche Pensionssystem nur mit einer freiwilligen Zusatzpension kombiniert. Die Hälfte der Erwerbstätigen nimmt an einem freiwilligen Zusatzpensionsschema teil.

Die öffentlichen Pensionen bestehen in der Tschechischen Republik nach der Reform von 1995 aus einer Basispension und einem am Einkommen orientierten Element. Der Gesamtbeitragssatz liegt bei 26% des Bruttolohns, 19,5% werden vom Arbeitgeber und 6,5% vom Arbeitnehmer getragen. Für den einkommensbezogenen Pensionsbestandteil wird als Referenzeinkommen das der letzten 10 Jahre vor der Pensionierung herangezogen. Dieser Zeitraum wird bis 2016 auf 30 Jahre verlängert.

Mit der Reform 1995 wurde auch die schrittweise Anhebung des Pensionsantrittsalters für Männer auf 63 (um 2 Monate pro Jahr) und für Frauen auf 59 bis 63 (um 4 Monate pro Jahr) in Abhängigkeit von der Kinderanzahl beschlossen. 2004 lag somit das Pensionsantrittsalter für Männer bei 61 Jahren und 4 Monaten, für kinderlose Frauen bei 59 Jahren und 4 Monaten, für Frauen mit einem Kind bei 58 Jahren und 4 Monaten. Frauen mit zwei Kindern können mit 57 Jahren und 4 Monaten, mit drei und vier Kindern mit 56 Jahren und 4 Monaten und mit fünf oder mehr Kindern mit 57 Jahren und 4 Monaten in Pension gehen.

Diese Reform wird aber mittlerweile nicht mehr als ausreichend betrachtet. 2001 wurde von der Regierung ein neuer Vorschlag angenommen. Dieser Vorschlag zielt in Richtung strikterer Zugangsvoraussetzungen sowie einer strengeren Beziehung zwischen Beiträgen und

Leistung. Die Nettoersatzrate aus dem öffentlichen Pensionssystem soll 60% (45% Bruttoersatz) betragen und jene der freiwilligen Zusatzpension 10 bis 15% des Einkommens vor der Pensionierung erreichen.

2004 wurden drei Varianten für das zukünftige Pensionssystem angedacht: Das derzeitige System der Durchgangsfinanzierung, Einzahlungen auf ein fiktives Pensionskonto oder gleich hohe Pensionen für alle, die allerdings so gering sind, dass jeder nach eigenen Möglichkeiten lieber selbst für seine finanzielle Absicherung im Ruhestand sorgen sollte.

9. Post

Das Informatikministerium der Tschechischen Republik agiert als Regulierungsbehörde für den Bereich der Postdienste. Seine Hauptaufgabe in dem Bereich liegt darin, eine allgemeine Verfügbarkeit von qualitativen Basis-Postdiensten sicher zu stellen. Der dominante Anbieter am Markt der Postdienste ist derzeit die staatliche *Ceská posta*. Das Informatikministerium bereitet aber derzeit die Umwandlung der *Ceská posta* in eine Aktiengesellschaft vor. Es wird davon ausgegangen, dass die von der EU verlangten Liberalisierungsmaßnahmen den Marktanteil alternativer Anbieter erhöhen werden, da dieser derzeit nur minimal ist.

Das Anbieten von Postdiensten benötigt derzeit eine eigene Lizenz und ist nur mit einer Bewilligung des Informatikministeriums möglich. Der Raum für Geschäfte ist dadurch beschränkt, dass bestimmte Postdienste nur durch einen exklusiven Anbieter angeboten werden können, um die Verfügbarkeit der wichtigsten Postdienste im gesamte Staatsgebiet der Tschechischen Republik sicher stellen zu können. Dieser Anbieter ist derzeit die *Ceská posta*. Dieses Monopol bezieht sich ausschließlich auf den Briefverkehr mit der zusätzlichen Einschränkung von einem maximalen Gewicht von 100g und einem Höchstpreis von 19 CZK (ca. 62 Cent) für In- und Auslandszustellung. Vor dem 1. Mai 2004 lagen diese Beschränkungen noch bei einem maximalen Gewicht von 350g und einem Höchstpreis von 27 CZK (ca. 88 Cent) für Inlands- bzw. 45 CZK (ca. 1,47 Euro) für Auslandsbriefe.

Es ist deklariertes Ziel des Informatikministeriums, die derzeitige Monopolstellung der *Ceská posta* zu reduzieren und den Markt für Postdienste, so wie es die EU vorsieht, bis Ende 2008 vollständig zu liberalisieren.

10. Sicherheit

Die Tschechische Republik erfüllt die Verpflichtungen der EU hinsichtlich der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Drogenhandel. Bezüglich Terrorismus wurden die Übereinkommen der UNO zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie der EU über Rechtshilfe noch nicht ratifiziert, dafür gibt es aber einen Nationalen Aktionsplan und 2002 wurden Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus verabschiedet. Darüber hinaus sieht die EU Handlungsbedarf in Sachen Geldwäsche und bei Betrugs- und Korruptionsbekämpfung. Korruptionsfälle innerhalb der Polizei werden kaum untersucht.

Die Tschechische Republik gilt als sicherer Land, nur in Prag kommt es zu einer Häufung von Taschen- und Kfz-Diebstählen. Von 1990 bis 1993 ist zwar die Anzahl von registrierten Straftaten sprunghaft angestiegen, hat sich in den folgenden Jahren aber stabilisiert und ist 2000 und 2001 wieder (jeweils um 8% im Vergleich zum Vorjahr) gesunken. Eigentumsdelikte sind mit 68,8% (2002) die häufigsten Verbrechen. Die Wirtschaftskriminalität ist seit 1992 latent gestiegen, erst in den letzten Jahren ist eine sprunghafte Zunahme zu verzeichnen, 2002 stieg sie um 14%.

Auch in der Tschechischen Republik stellt der private Sicherheitsdienst eine Wachstumsbranche dar. Unter anderem hat die dänische *Group 4 Falck a.s.*, der weltweit zweitgrößte Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen, in der Tschechischen Republik Niederlassungen in

Prag und Brünn, ist aber landesweit tätig. Sie beschäftigt derzeit 3.773 MitarbeiterInnen und bietet in erster Linie Geldtransporte, Alarmanlagen und Personenschutz an.

11. Telekommunikation

Seit Juli 2000 ist ein neues Telekommunikationsgesetz in Kraft, das als Grundlage für die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU dient. Im Jahr 2002 wurde für die KonsumentInnen die Betreiberauswahl eingeführt, die im Hinblick auf die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes als erheblicher Fortschritt angesehen wird. Die staatliche Telekommunikationsbehörde hat allen Betreibern von festnetz- bzw. Mobilfunkdiensten eine Vorwahl zur Verfügung gestellt. Die Übertragbarkeit von Telefonnummern ist im Telekommunikationsgesetz festgeschrieben.

Im Bereich der Festnetzversorgung hat die staatliche *Cesky Telekom* beinahe Monopolstellung. Sie verwaltete im Juni 2004 3,4 Millionen Festnetzanschlüsse und hatte 9.444 Beschäftigte. 1995 wurden 27% an die niederländisch-schweizerische *TelSource* (ein Konsortium der niederländischen *KPN* und der *Swisscom*) verkauft und 21,9% befinden sich seit der zweiten Kuponprivatisierung 1994 als Aktien im Streubesitz. Seit August 2002 ist geplant, die *Cesky Telekom* vollkommen zu privatisieren. 2003 verkaufte die *Swisscom* ihre Anteile an internationale Investoren. Im selben Jahr verkaufte die *KPN* 6,4% an die *Credit Swiss* und besitzt nun noch 13,8% an der *Cesky Telekom*. Ende 2004 hielt die Tschechische Republik immer noch 51,1% an der *Cesky Telekom*. Im Dezember 2004 beschloss die tschechische Regierung allerdings eine weitere Teilprivatisierung der Telefongesellschaft. Es ist geplant bis Ende März 2005 bestimmten Investoren eine Beteiligung an dem Unternehmen anzubieten.

Am Mobilfunkmarkt sind derzeit drei Gesellschaften aktiv und erfolgreich. Die *Cesky Telekom* ist mit *Eurotel Praha* vertreten, mit (Mitte 2004) 4,3 Mio. KundInnen, einem Umsatz von mehr als 29 Mrd. CZK (ca. 950 Mio. Euro) und 2.440 Beschäftigten im Jahr 2003 der größte Mobilfunkanbieter des Landes. Daneben gibt es als zweitgrößten Mobilfunkanbieter seit 1996 die mehrheitlich deutsche *T-Mobile CZ* mit 4 Mio. KundInnen (im Frühjahr 2004) und mehr als 2.600 Beschäftigten (zu Jahresbeginn 2003). Und schließlich seit 2000 *Oskarmobil*, eine Tochter der kanadischen *Telesystem International Wireless (TIW)*, mit 1,7 Mio. KundInnen und 1.350 Beschäftigten (Ende 2003).

12. Verkehr

Die Tschechische Republik hat sich im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt verpflichtet, bis 2010 die Verkehrsnetze verstärkt weiterzuentwickeln. Die Investitionen in die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur müssen vor allem im Zusammenhang mit den Rahmenpartnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor verstärkt werden. Im Juli 2000 wurde der staatliche Fonds für die Verkehrsinfrastruktur eingerichtet, der umfassendere Finanzierungsmöglichkeiten für die Verkehrsinfrastruktur ermöglichen soll.

Im Jahr 2002 betragen die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur 1,45% des BIP. 70% davon wurden von dem staatlichen Fonds für Verkehrsinfrastruktur getragen.

Straßenverkehr

Das Straßennetz der Tschechischen Republik gilt als gut ausgebaut und ist mit 0,737 km / km² eines der dichtesten in Europa. Selbst kleine Nebenfahrbahnen sind meistens asphaltiert und gut befahrbar. Dennoch sind von den 55.422 Straßenkilometern nur 518 km Autobahn und 305 km Schnellstraßen. Der Großteil sind Landstraßen II. und III. Ordnung. Bis 2006 sollen aber noch zwei Autobahnstrecken Richtung Deutschland fertiggestellt werden. Für diese beiden Projekte ist noch eine staatliche Finanzierung vorgesehen, in Zukunft soll aber auch in der Tschechischen Republik über PPP-Modelle im Straßenbau nachgedacht werden. Mit 01.10.2001 wurde die Zuständigkeit für Straßen II. und III. Ordnung den Regio-

nen übertragen, für Autobahnen und Straßen I. Ordnung liegt sie weiterhin beim Staat. Im Jänner 2000 wurde die Autobahnvignette eingeführt. PKW zahlen für ein Jahr 800,- CZK (ca. 26 Euro) und für einen Monat 200,- CZK (ca. 6,55 Euro). Ende 2003 waren in der Tschechischen Republik rund 3,7 Mio. PKW und 340.094 LKW zugelassen.

Eisenbahn

Im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt wurde 2002 das Gesetz zur Umstrukturierung der tschechischen Eisenbahnen beschlossen. Diesem Gesetz zufolge mussten die tschechischen Eisenbahnen, in zwei Teile gespalten werden: in eine Betriebsgesellschaft und eine Schienenwegsverwaltung. Aus den staatlichen tschechischen Eisenbahnen (*ceské dráhy*) entstanden am 1. Jänner 2003 die *Ceské dráhy AG* und die staatliche Verwaltung der Eisenbahnverkehrswege (*SZDC – Správa železniční dopravní cesty*). Die *SZDC* ist für die Instandhaltung, Modernisierung und Entwicklung des Schienennetzes sowie für die Verwaltung der Nutzung zuständig. Das tschechische Eisenbahnnetz zählt zu den dichtesten der Welt. Ende 2002 hatte es eine Länge von 9.499 km, davon 31% elektrifiziert. Die Anzahl der Fahrgäste ist allerdings rückläufig: 1995 führen noch 227,1 Millionen mit der Bahn, 2002 nur mehr 177,2 Millionen.

Das größte und einzige nationale Eisenbahnunternehmen der Tschechischen Republik ist die *Ceské dráhy AG*, die sich zu 100% in staatlichem Eigentum befindet. Der Verkauf von Staatsanteilen an *Ceské dráhy* wurde bis jetzt weder ausgeschlossen noch offensiv angekündigt. Die Eisenbahngesellschaft ist mit rund 73.000 Beschäftigten (Dezember 2004) auch der größte Arbeitgeber der Tschechischen Republik. Noch zu Beginn des Jahres 2004 beschäftigte sie aber 78.600 ArbeitnehmerInnen. Bis zum Jahr 2007 sollen noch weitere 17.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das ursprünglich staatliche Unternehmen ging 1992 aus der tschechoslowakischen staatlichen Eisenbahn hervor. Neben der *Ceské dráhy* gibt es aber noch einige Regionalbahnen, die zum Teil privat (*Jindřichohradecké místní dráhy a.s.*, *Stavební obnova železnic a.s.*) und zum Teil zwar in staatlichem Eigentum, aber an private Betreiber verleast (*Viamont a.s.*, *OKD Doprava AG*, *Klub přítel lokálky*) sind.

Bus

Das Netz der tschechischen Buslinien ist relativ dicht, die meisten Ortschaften im Land sind mit dem Bus erreichbar. Überland ist der öffentliche Busverkehr der hauptsächlichste Träger des öffentlichen Personenverkehrs. Dennoch gehen auch hier die Fahrgastzahlen zurück. 1995 konnte der öffentliche Busverkehr noch 644,2 Millionen Fahrgäste verzeichnen, 2002 waren es nur mehr 406,1 Millionen. Die inländischen Busverbindungen werden in erster Linie von den einzelnen *CSAD* Gesellschaften betrieben. Der staatliche Busbetreiber *CSAD* entstand 1949, als der Busverkehr von den staatlichen tschechoslowakischen Eisenbahnen getrennt wurde. 1991 wurde *CSAD* in einzelne regionale Busbetreiber aufgeteilt, die aber weiterhin im öffentlichen Eigentum standen. Seit 1993 wurden diese schrittweise privatisiert und in Aktiengesellschaften oder GmbHs umgewandelt. So ist zum Beispiel *CSAD Ceske Budejovice* seit April 2004 im Eigentum der Österreichischen Postbus AG. Darüber hinaus betätigen sich auf diesem Gebiet zahlreiche kleine Privatgesellschaften.

Öffentlicher Personennahverkehr

Die Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr sind seit Mitte der 90 Jahre ein wenig zurück gegangen. 1995 verzeichnete der städtische Nahverkehr noch 2,4 Milliarden Fahrgäste, 2002 waren es 2,3 Milliarden. Brünn, Pilsen und Ostrau haben eigene Verkehrsunternehmen, die Busse, Obusse und Straßenbahnen betreiben. Der bedeutendste Betreiber im tschechischen öffentlichen Personennahverkehr sind aber die Prager Verkehrsbetriebe AG (*Dopravní podnik hl. M. Prahy, a.s.*) mit mehr als 1 Milliarde Fahrgäste pro Jahr. Die Aktiengesellschaft wurde, mit der Stadt Prag als Einzelaktionär, 1991 gegründet. Sie hat rund 2.000 U-Bahn-, Straßenbahn und Busfahrzeuge, betreibt 3 U-Bahnlinien, 24 Straßenbahnlinien im Tagbetrieb und 8 Nachtlinien sowie 206 Buslinien. Die Prager Verkehrsbetriebe befördern zwei Drittel der Prager VerkehrsteilnehmerInnen, das restliche Drittel wird vom motorisierten Individualverkehr getragen. Insgesamt gibt es in rund 50 Städten und Ortschaften

ten einen öffentlichen Personennahverkehr, der meistens von den regionalen Buslinien betrieben wird.

Flugverkehr

Die Anzahl der Flugpassagiere in der Tschechischen Republik stieg von 1,8 Millionen (1995) auf 4,3 Millionen (2002).

Die tschechische Fluglinie *Ceske Aerolinie (CAS)* wurde 1923 als staatliche Fluglinie der Tschechoslowakei gegründet. 1992 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Hauptaktionär die *Air France* war. 1994 stieg die *Air France* wieder aus und verkaufte ihre Anteile an tschechische *Konsolidacni banka*. 2001 trat die *CAS* der *SkyTeam alliance* bei. Im Jahr 2004 (bis Oktober) hat *CSA* 3,74 Millionen Passagiere auf Linien- und Charterflügen transportiert. Das ist ein Anstieg von 22%. Mit *CAS Cargo* ist das Unternehmen auch im Gütertransport tätig. *CAS* ist das 11. größte nationale Transportunternehmen der EU.

Das größte private Flugunternehmen der Tschechischen Republik, *Travel Service*, wurde 1997 gegründet. Mittlerweile hat es einen Marktanteil von 70% bei Charterflügen. Diese sind auch das Hauptangebot von *Travel Service*. Seit November 2003 werden aber auch Linienflüge in exotische Destinationen angeboten. Im Mai 2004 gründete *Travel Service* den Billigfluganbieter *Smart Wings*. Diese beiden Unternehmen haben eine gemeinsame Flotte von 10 Flugzeugen Boeing 737.

Die private Fluglinie *Fischer Air* wurde 1996 als eigene Fluglinie der *Fischer Reiseagentur* gegründet und betreibt auch in erster Linie Charterflüge für diese Agentur.

Die wichtigsten Flughäfen der Tschechischen Republik - Prag, Ostrau und Brünn - befinden sich im öffentlichen Eigentum. 2001 hat die tschechische Regierung erfolglos versucht, den Prager Flughafen zum Teil zu privatisieren, um damit einen Ausbau zu finanzieren. 2002 startete die Flughafenbehörde *CSL* ein Pilotprojekt, indem sie den Flughafen Brünn an das Privatunternehmen *Letiste Brno* verleaste. Die Infrastruktur blieb in staatlicher Hand und der Betreiber trug die Investitionen.

Schifffahrt

Der Binnenverkehr nimmt in der Tschechischen Republik eine untergeordnete Rolle ein. Nicht einmal ein Prozent der Transportwege wird auf dem Wasser zurückgelegt und es werden immer weniger. Der einzige durchgehende Wasserweg in der Tschechischen Republik geht über die Elbe und die Moldau. Auf dieser Wasserstraße gibt es 9 öffentliche Häfen und 21 Fabrikladepplätze.

Alle anderen schiffbaren Flüsse sind isoliert und werden nur für Unterhaltungsschiffahrten genutzt, die von zahlreichen Privaten angeboten werden.

13. Wasser und Abwasser

Nutzbare Grundwasserquellen sind in der Tschechischen Republik nicht ausgeglichen verteilt. Das Quellwasser der Tschechischen Republik macht im langfristigen Jahresdurchschnitt 16,7 Mrd. m³ aus, das sind 1621 m³ / Person. Dies ist nur halb so viel wie in den anderen EU-Staaten. Oberflächenwasser, das zu 2/3 aus Flussreservoirs stammt, wird zu 55% zur Aufbereitung von Trinkwasser verwendet.

2001 wurden in der Tschechische Republik 1309,8 Mio. m³ Oberflächenwasser verbraucht. 394,6 Mio. m³ gingen in die allgemeine Wasserversorgung und ins Kanalsystem, 6,9 Mio. m³ in die Landwirtschaft, 500,8 Mio. m³ in die Stromerzeugung, 403,1 Mio. m³ in die Industrie und 4,4 Mio. m³ wurden für andere Zwecke verwendet.

Grund- und Quellwasser wurde im Jahr 2001 im Ausmaß von 433,8 Mio. m³ verbraucht, davon 382,3 Mio. m³ für die allgemeine Wasserversorgung und das Kanalsystem, 5,1 Mio. m³

für Landwirtschaft, 1,1 Mio. m³ für die Stromerzeugung, 38,9 Mio. m³ für die Industrie und 6,5 Mio. m³ für andere Zwecke.

Die wichtigsten Flüsse und Reservoirs sowie Flussbecken werden von juristischen Personen, den 5 staatlichen Flussämtern, verwaltet. Die Verwaltung kleiner Flüsse wird von Stadtbehörden und von natürlichen und juristischen Personen, die vom Landwirtschaftsministerium bestimmt wurden, durchgeführt. Die wichtigsten Verwalter kleiner Flüsse in der Tschechischen Republik sind die landwirtschaftliche Wassermanagement Behörde und die Forste der Tschechischen Republik. Die Flussämter, die landwirtschaftliche Wassermanagement Behörde und die Forste der Tschechischen Republik liegen in der Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums und sichern die Verwaltung von rund 95% der Flüsse. Stadtbehörden, Bezirksbehörden der militärischen Zonen und die Leitung der Nationalparks tragen ca. 5% der Flussverwaltung.

Im Bereich des Wasserversorgungs- und Abwassersystems begann die Privatisierung nach 1990 und der Prozess wurde 1997 abgeschlossen. Die Eigentümer des Infrastrukturvermögens sind in Folge der Privatisierung Städte, Stadtbehörden, Gesellschaften der Stadtbehörden und Aktiengesellschaften.

Seit 1.1. 1996, auf Basis des geänderten Handelslizenzvergabegesetzes, ist der Betrieb der Wasserversorgung und des Kanalsystems in die Handelslizenz inkludiert. Diese werden von den Bezirkshandelslizenzvergabebüros ausgeben. 2001 gab es gesamt schon 960 positiv behandelte Anträge für den Betrieb der Wasserversorgung und des Kanalsystems.

Der größte Teil des Wasserversorgungs- und Kanalsystems wird von Wassermanagement Aktiengesellschaften betrieben. Wasserversorgungs- und Kanalsysteme werden aber auch von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Wohnbaugenossenschaften, technischen Dienstleistern, den Bundesforsten und dem Bundesheer betrieben.

2002 waren 89,8% der tschechischen EinwohnerInnen an das öffentliche Wassernetz und 77,4% an das Abwasser- und Kanalsystem angeschlossen.

Die Gebühren für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung werden durch die Preisbemessungsgrundlage reguliert, die in einer amtlichen Bekanntmachung des Finanzministeriums veröffentlicht wird. Es können nur gerechtfertigte Kosten und angemessener Gewinn inkludiert werden. Die tatsächlichen Gebühren liegen in der Tschechischen Republik im Durchschnitt bei 37,69 Kronen per m³ (ca. 1,24 Euro) und variieren von 19,86 Kronen bis 48,83 Kronen per m³. Das Volumen des den Haushalten in Rechnung gestellten Wassers sank von 1990 bis 2001 von 171 Liter pro Person und Tag auf 104 Liter pro Person und Tag. Die Ursachen dafür liegen zum einen darin, dass der tatsächliche (unsubventionierte) Preis in Rechnung gestellt wird, und zum anderen hat sich die technische Ausstattung der KonsumentInnen zum Wassersparen verbessert.

14. Wohnen

In der Tschechischen Republik stehen für 10,2 Mio. EinwohnerInnen 4.366.293 Wohnungen zur Verfügung. Das ergibt für tausend EinwohnerInnen 427 Wohnungen und entspricht einem Durchschnitt von 2,4 Personen pro Wohnung. Damit liegt die Tschechische Republik im Bereich der bestehenden Wohnungen besser als die anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten und kommt dem EU-15 Durchschnitt von 450 Wohnungen pro Tausend EinwohnerInnen am nächsten. Bei der Wohnfläche pro Person liegt die Tschechische Republik mit 22,4 m² aber hinter den EU-15 zurück. Im Jahr 2002 wurden 27.300 neue Wohnungen errichtet. Die Tschechische Republik könnte, wenn der Wohnungsneubau in diesem Ausmaß weiter verfolgt wird, in ca. 8 ½ Jahren den EU-15 Durchschnitt erreichen.

73% der Wohnungen sind mit Bad, WC und Zentralheizung ausgestattet (EU-15 Schnitt 80%). Diese relativ guten Werte sind auf den hohen Anteil an „Plattenbauten“ von zurückzuführen, welche in der Ausstattung dem westeuropäischen Standard entsprechen. Hinsichtlich

der Bauqualität weisen diese Bauten vor allem bei Wärmeschutz, Dach- und Fassadenkonstruktionen in höchstem Maße Mängel auf. 36% aller Wohnungen sind in diesen „Plattenbauten“.

Mit 49% ist in der Tschechischen Republik der Anteil der Eigentumswohnungen im Vergleich zu Ungarn, Slowenien, Kroatien und der Slowakei sehr gering (im Nachbarland Slowakei sind es 77 %). Dieses Eigentum ist im Zuge der politischen Wende entstanden. 1992 wurden in der Tschechoslowakischen Föderation die bisherigen Hauseigentümer (Staat oder Gemeinde) gesetzlich verpflichtet, den bisherigen MieterInnen die Wohnungen zum Kauf anzubieten. 51% der Wohnungen sind aber immer noch derartige Mietwohnungen. Davon sind wiederum 80% aus dem gemeinnützigen, genossenschaftlichen oder kommunalen Wohnbau, die restlichen 20% stammen aus dem gewerblichen Mietwohnungsbau.

In der kommunistischen Ära war genossenschaftliches Wohnen die Hauptform, mehrgeschossiger Neubau wurde fast ausschließlich von Genossenschaften getragen. Nach der politischen Wende erfolgte eine Abkehr von dieser Organisationsform. Den Genossenschaften wurde, ähnlich wie in der Slowakei, der rechtliche Boden für Neubau entzogen, diese sind nun rein auf die Verwaltung und Bewirtschaftung der bestehenden Objekte beschränkt. In der Tschechischen Republik liegt seit ca. 5 Jahren ein ministerieller Entwurf eines Gesetzes vor, das eine Art gemeinnützige Bauträgerschaft nach österreichischem Vorbild institutionalisieren soll. Dieses Gesetz wird zwar immer wieder Teil des parlamentarischen Diskussionsprozesses, ist aber bis heute noch nicht beschlossen.

15. Literatur & Links

Allgemeines:

www.vlada.cz Regierung der Tschechischen Republik
europa.eu.int Europäische Kommission
www.fnm.cz Fonds Nationalen Eigentums
Der Fischer Weltalmanach 2004, Frankfurt am Main, Oktober 2003
Der Fischer Weltalmanach – EU-Erweiterung, Frankfurt am Main, März 2004

Abfallwirtschaft:

www.env.cz Umweltministerium
www.dtihk.cz Deutsch – Tschechische Industrie und Handelskammer
Leitfaden Abfallwirtschaft und EU-Erweiterung (Europäische Kommission, April 2004)

Bildung:

www.msmt.cz Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
www.ahoj.info deutsch-tschechisches Internetportal für Jugendliche

Energie:

www.eva.ac.at Österreichische Energieverwertungsagentur
www.eru.cz Tschechische Energieregulierungsbehörde
www.mpo.cz Ministerium für Handel & Industrie

Gesundheit:

Highlights on Health in Czech Republic, November 2001 (WHO & Europäische Kommission)
www.aok-bv.de AOK Bundesverband
www.mzcr.cz Gesundheitsministerium

Kultur:

www.mkcr.cz Kulturministerium
institute.theater.cz tschechisches Theaterinstitut

Medien

www.mkcr.cz Kulturministerium
www.rrtv.cz Büro für Radio- & Televisionsbroadcasting
www.czech-tv.cz Ceska televize (Tschechisches Fernsehen)
www.nova.cz Nova TV
www.rozhlas.cz Cesky rozhlas (Tschechisches Radio)
www.radio.cz Radio Praha
www.frekvence1.cz Frekvence 1
www.radioimpuls.cz Radio Impuls
www.blesk.cz Blesk
www.idnes.cz Mlada fronta Dnes
www.pravo.novinky.cz Pravo

Pensionen:

www.mpsv.cz Ministerium für Arbeit und Soziales
„Pensionsreformen in der EU. Risikoprivatisierung oder notwendige Zukunftssicherung“,
Jänner 2004 (Gewerkschaft Privatangestellter Österreich)

Post:

www.micr.cz Informatikministerium
www.cpost.cz Česká posta

Sicherheit:www.mvcr.cz

Innenministerium

Telekommunikation:www.ctu.czwww.telekom.czwww.eurotel.czwww.tmobile.czwww.oskarmobil.cz

Telekommunikationsbehörde

Cesky Telecom

Eurotel Praha

T-Mobile CZ

Oskar

Verkehr:www.mdcr.czwww.fischer-air.czwww.smartwings.netwww.travelservice.aerowww.czechairlines.comwww.csl.czwww.airport-ostrava.czwww.szdc.czwww.cd.czwww.dpmb.czwww.dp-praha.cz

Transportministerium

Fischer Air

Smart Wings

Travel Service

CSA Czech Airlines AG

Flughafen Praha – Ruzyne

Flughafen Ostrau

Verwaltung der Eisenbahnverkehrswege (SZDC)

Tschechische Eisenbahnen AG (ceské dráhy)

Verkehrsbetriebe Brünn

Verkehrsbetriebe Prag

Wasser:www.mze.czwww.aquamedia.at

Landwirtschaftsministerium

Wohnen:

Finanznachrichten 17/2004